

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur Dresden.  
Verlags- und Drucknummer 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Berolin bei täglich zweimaliger Jahrgang oder durch die Post bei täglich einmaligem Brieflauf monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.  
Die einpaltige 37 mm breite Seite 4,- M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1-paltige Anz. u. Verträge 25,- M. Bezugsgebühren laut Tarif. Unverändliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Mariestraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Trefl & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unverändliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Armbanduhren**  
in Gold, Silber und Metall

**GUSTAV SMY DRESDEN**  
Moritzstr. 10 Eckekönig Joh. Str.

**Taschenuhren**  
Für guten Gang weitgehende Garantie

## Zwangsanleihe und Steuerfragen im Kabinett

### Der Reichskanzler drängt auf rasche Erledigung.

Berlin, 4. März. Die Reichsregierung beschäftigt sich gestern nachmittags in einer Kabinettsitzung mit dem vorläufigen Abkommen über die Zwangsanleihe, das in Berlin mit Vertretern der Reparationskommission abgeschlossen wurde. In einer Besprechungsabteilung dieser Abfassung des Reichskanzlers zu. Es wurde der Gedanke erwogen, zunächst die Voraussetzungen ausfallen zu lassen, damit die Steuerkommission die Vorbereitungen beendigen könnten. Die Vorlagen könnten dann Ende der nächsten Woche vor das Plenum gelangen.  
Im Zusammenhang mit den seitigen Steuerhandlungen wurde auch die Bitte des Reichsministers Dr. Vermees, eine endgültige Regelung der Berechnung des Reichsfinanzen- und des Reichsverschuldungsministeriums zu treffen. Dem H. L. zufolge glaubt der Reichskanzler, erst dann eine Entscheidung über die endgültige Befreiung der beiden Ministerien treffen zu können, wenn die schwebenden Steuererlässe zu einem gewissen Abschluss gelangt sind.

### Der Plan für die Erhebung der Zwangsanleihe.

Berlin, 4. März. Der Reichsfinanzminister Dr. Vermees hat gestern in einer Besprechung mit den Vertretern der drei Sozialistpartien einen Plan für die Erhebung der Zwangsanleihe erörtert, der auch der sozialdemokratischen Forderung Rechnung trägt, daß die Einziehung noch in diesem Jahre erfolgen soll. Die der Sozialdemokratischen Parteiensolvenzmittel, führte der Finanzminister aus: Die Grundlage zur Erhebung der Zwangsanleihe soll der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922 bilden. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Belastung von 5 Prozent des Vermögens. Von der Zwangsanleihe sollen befreit werden Vermögen bis etwa 250.000 M. und solche Verrenteten, deren Einkommen weniger als 3000 M. im Jahre beträgt. Die Abgabe soll je nach der Größe des Vermögens von 1 bis 10 Prozent gehäuft werden. Eine 10prozentige Abgabe dürfte bei einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Mark erreicht sein. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einschätzung der Vermögensverhältnisse vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit einem Einkommen der Anleiheerträge für den Sommer 1923 zu rechnen. Deshalb sollen besondere Vorkehrungen zur teilweisen Vorauszahlung erlassen werden. Die Einzahlung bedingt man nach einer vorläufigen Selbstschätzung zu rechnen. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehen. Für weitere Einzahlungen, eine nach dem 1. Oktober 1922, sind gewisse Zuschläge geplant, also eine Mehrbelastung. Für solche Personen und Unternehmungen, deren Vermögensbestand nur schwer festzustellen ist, soll die Vorleistung zur Anleihe nach der Einschätzung zum Reichsstopfer erhoben werden können. Es ist geplant, in dem Anleihegesetz auch den Zinsfuß festzusetzen, der nach dem ersten Aussetzen drei Jahren gewährt werden soll.

### Rücktritt des polnischen Kabinetts.

Warschau, 4. März. (Poln. Teleg. Agentur.) Da die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der Delegation von Genoa über den Text des Schriftstückes betr. die Annexion des Wilnaer Gebietes durch Polen mißglückt sind, hat der Ministerpräsident Poniawski dem Staatschef das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht. (W. I. B.)

### Breslau, 4. März. Die „Vollzeitung“ meldet aus

Warschau, daß der Rücktritt des gesamten polnischen Kabinetts wahrscheinlich zu einer Staatskrise Polens führen werde. Staatschef Pilsudski habe die Demission des Kabinetts nicht angenommen und sei entschlossen, falls das Kabinett auf seinem Rücktritt beharre, auch für seine Person zurückzutreten.

### Keine Vereinigung Wilnas mit Polen.

Warschau, 4. März. Als gestern Premierminister Poniawski die aus Wilna angelangte Wilna-Abordnung feierlich begrüßte, als diese Abordnung in den Zeiträumen des Ministerpräsidenten sich versammelte, um die Akte der Einverleibung des Wilna-Landes in die Polenrepublik zu unterzeichnen, galt es nach um 9 Uhr abends als sicher, daß die Mehrheit der Wilna-Kommission für die Unterzeichnung der von der Warschauer Regierung ausgearbeiteten Akte sein werde. Aber als die Unterschriften geleistet werden sollten, ergab sich, daß zwei Wilna-Stimmen an der Mehrheit fehlten. Bis heute früh blieben die Wilna-Abordnung und die Warschauer Minister in leidenschaftlichen Verhandlungen miteinander, bis heute früh Premierminister Poniawski die denkwürdige Sitzung mit der Erklärung schloß, daß die Wilna-Akte als nicht vollzogen zu gelten habe. Die Wilna-Delegation will nach heute Warschau wieder verlassen, und Premierminister Poniawski hat drahllich in Wilna wissen lassen, daß die für morgen vorgesehene gemeinsame Abfahrt des Plenums des Wilna-Landes nach Warschau unmöglich sei. Der für morgen geplante gemeinsame feierliche Eintritt der Wilna-Abgeordneten in den Warschauer Landtag und die feierliche

### Eine Umjahsteuer auf Gas und Elektrizität.

Berlin, 4. März. Wie wir zuverlässig erfahren, plant die Regierung, auch auf Gas und Elektrizität eine Umjahsteuer zu legen.

### Die nächste Defazadezahlung und die Vorkriegsaktien.

Berlin, 4. März. Es wird berichtet worden, daß die nächste Defazadezahlung demnächst nicht werde erleichtert werden können. Es wird uns das als unrichtig bezeichnet. Als unrichtig wird uns ferner bezeichnet die Nachricht, daß die Veröffentlichung der Vorkriegsaktien erst nach der Konferenz von Genoa stattfinden werde.

### Der Geschäftsplan des Reichstages.

Berlin, 4. März. Der Vizepräsident des Reichstages bestimmte in seiner heutigen Sitzung, an der auch der Reichskanzler teilnahm, den Geschäftsplan für die nächste Woche. Um die Steuererlässe und das damit verbundene Komprovis über die Zwangsanleihe bis zum Abschluß zu bringen, wird in der nächsten Woche der 2. Steuer- und 3. Steuerkommissionen und nachmittags tagen, damit er keine Verzögerung bis Dienstag, spätestens Mittwoch, beenden kann. Die nächste Vollversammlung des Reichstages soll am Donnerstag stattfinden. Sie soll mit der zweiten Beratung der Steuererlässe beginnen und man hofft, im Plenum damit zu einem raschen Ende zu kommen. Von dem Inhalt des Steuerkomprovis werden auch die Reichsnationalen durch den Finanzminister in Kenntnis gesetzt werden. Im Beginn der Sitzung stellte Reichspräsident Vermees über den Unfall des Hrn. Ledebauer mit, daß nach Ausbruch der behandelnden Angelegenheiten keine Befürchtungen mehr bestehen.

### Konjortien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

London, 4. März. Eine Information des Reuterschen Büros besagt: Nachdem das Handelsministerium für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas infolge der in London abgehaltenen Konferenz so gut wie gebildet ist, werden die ausländischen Delegierten in ihren Ländern an die Bildung der nationalen Konjortien gehen. Es handelt sich um Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Dänemark und die Niederlande. Der Organisationsausschuß, der bereits die Sitzungen des Handelsministeriums angeordnet und Vorschläge für die Bildung der nationalen Konjortien gemacht hat, wird vor der Genuefer Konferenz wieder zusammenzutreten, um die Frage des Beitritts weiterer Länder zu behandeln. (W. I. B.)

### Ungünstige Veränderungen des Sachleistungs-Abkommens durch die Reparations-Kommission.

Berlin, 4. März. Von zuverlässiger außenpolitischer Seite hören wir, daß die Reparations-Kommission bereits mit dem in Berlin paraphierten Sachleistungs-Abkommen beschäftigt sei. Wie bereits die erste Ansprache ergab, ist damit zu rechnen, daß die Reparations-Kommission verschiedene Änderungen in Vorschlag bringen wird, und zwar Änderungen zuungunsten Deutschlands. Die Verhandlungen der Reparations-Kommission dauern fort, so daß erst Mitte oder Ende der nächsten Woche die Änderungsanträge in Berlin eintreffen können.

Verbrüderung der beiden Körperschaften sind ins Wasser gefallen. Wie ferner mitgeteilt wird, soll die gestern hier überreichte Entente mit dem Tone nach viel schärfer geäußert sein, als sie heute angegeben hat. Die Entente betrachtet überhaupt jedwede staatsrechtliche Verbindung des Wilna-Landes mit Polen als eine polnische Aktion.

### Keine offizielle Teilnahme Amerikas in Genoa.

Genève, 4. März. (Genève, Telegraph.) Zürich, 4. März. „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Präsident Harding hat am letzten Mittwoch in Washington dem italienischen Vorkriegsminister, dem er mitgeteilt hat, daß er auch zum 10. April die offizielle Teilnahme Amerikas an der Genuefer Konferenz noch nicht ansprechen könne. Die in der letzten amerikanischen Note mitgeteilten Behinderungsgründe bekünden ungehindert fort. Es sei vor dem Sommer eine Änderung der Zielungsnahme der Union zu den europäischen Wirtschaftsfragen nicht zu erwarten.

### Die englischen Kabinettsmitglieder für Lloyd George.

London, 4. März. In seiner Rede in Oxford sagte Chamberlain: Lloyd George habe ihn gefragt, ob er seinen Rücktritt für erforderlich halte. Er habe darauf die Antwort der einzelnen Kabinettsmitglieder eingeholt und Lloyd George erklärt, nach der einstimmigen Ansicht seiner Kollegen erfordere das nationale Interesse, daß Lloyd George weiter an der Spitze der Regierung bleibe. (W. I. B.)

London, 4. März. Bei den Wahlen für den Londoner Grafschaftsrat wurden gewählt 82 Konfessionslose gegen bisher 68, 28 Liberale gegen 30, 15 Arbeitervertreter gegen 16. Für einen Sitz, der bisher von den Unabhängigen vertreten war, findet Sitzwohl statt.

### Die Not am Rhein.

Am Rhein im besetzten Gebiete geht es schlimm zu und die Weiden der deutschen Bevölkerung unter dem französischen Blaufärbemittel, das ganz nach dem verdrängten napoleonischen Muster der Zeit vor den Befreiungskriegen arbeitet, sind hart und schwer. Wir im Besetze müssen immer die Hand am Pulse des rheinischen Fortschritts halten, da mit ihr man einen Augenblick verfallen, wie dort die Stimmung ist und wie die Herzen anderer von humanitärer Sympathie bedrungen und gequälten rheinischen Vorkriegsleute in heißer Sehnsucht nach dem Tage der Befreiung, nach dem endlichen Abzuge der fremden Besatzungen sich verzehren. Das System, das im Rheinlande herrscht, läßt sich in vier Punkte zusammenfassen: 1. Eine wilde und freie Art der Verschwendung deutscher Gelder. 2. Ein abenteuertes, von rohem Willkür diktiertes Verhalten eines sehr großen Teiles der französischen Offiziere und Beamten. 3. Die Erhaltung jeder persönlichen und geistigen Freiheit, um ein energisches öffentliches Eintreten für die deutschen Interessen zu unterbinden und so den Boden vorzubereiten, auf dem die Franzosen ihm angeblich höhere Kultur aufsprießen können. 4. Die offene und geheime Verhöhnung des hochverehrten Freiens, das von Dreyfus, Zureis und Genossen gelebt wird.

Die ungehörige Vergewaltigung deutscher Weiber durch die Besatzungsbehörden ist im Besetze und in der Presse wiederholt beklagt worden und in einer der letzten Reichstagsdebatten hat auch ein Sozialdemokrat dieses Unwese mit einer Schärfe geäußert, die man sonst der Entente gegenüber auf jener Seite nicht gewohnt ist. Der Redner mußte sich dann freilich von der deutschnationalen Seite mit Recht darauf hinweisen lassen, daß gerade die Sozialdemokratische Partei am weitesten Wunde hat, sich bei der Kritik des französischen Verhaltens in die vorerwähnte Reihe zu stellen, weil ihre Politik der unbedingten Nachgiebigkeit gegenüber der Entente und der Erfüllung des Versailler Vertrages bis zum äußersten weitestlich dazu beiträgt, den gallischen Hebermut bis zum Gipfel zu heigern. Toller, als es jetzt geschieht, kann es am Rhein mit der Verschwendung deutschen Geldes überhaupt nicht mehr gelitten werden. Der französische Brigadegeneral, für den eine Zentralbeitrag mit 141.000 M. Kostenanschlags herabgestellt werden muß, weil ihm die tadellos funktionierende Sanitätskammer „nicht gefällt“, und der französische Vorkriegsbeamte, dem ein Perleperiph für 8000 M. bezahlt werden muß, weil der Herr gerade die Faune darauf hat, — diese beiden mißverhältnissen gallischen Kulturpolitik werden noch lange in der Erinnerung unserer Nachfahren leben und als abwidrendes Beispiel dienen, wie ein wahrhaft kulturloses Volk sich auf dem besetzten Lande gegenüber nicht benehmen soll. Bei einer derartigen Polizeiwirtschaft ist es kein Wunder, daß der Gesamtbeitrag, mit dem Deutschland für diese Art von Besetzung seit dem Waffenstillstand hat zahlen müssen, bereits auf 16 Goldmilliarden angewachsen ist. Was hätte mit dieser ungeheuren, sinnlos verpulverten Summe an Reparationen abgehandelt werden können!

Die jedes Rechtsempfindens bare, allen Geboten der Menschlichkeit und des Anstands hohnsprechende Art, wie die Franzosen sich insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens benehmen, wird für die grande nation für immer ein Denkmal der Schande bleiben. Die Angehörigen der Besatzungsarmee belästigen ohne jede Zucht von Recht, ohne jede Rücksicht auf die Interessen und Empfindungen der bisherigen deutschen Inhaber jede Wohnung, die ihnen gefällt, und bauen darin in der freiesten Weise. Die deutschen Familien werden rücksichtslos aus ihren Zimmern vertrieben, die Straße wird ihnen entzogen und Ehepaare mit Kindern müssen sich in zwei Zimmer zusammenpressen lassen, dort wohnen, lachen, spielen und schlafen, während eine französische Beamten- oder Offiziersfamilie von zumeist sehr geringem Bildungsgrad sich in der übrigen Wohnung dreht und dort in einer Weise herumwirtschaftet, die jedem anständigen Deutschen die Haare sträubt. Geradezu verheerend wirkt auch das Verhalten der Franzosen in kultureller Hinsicht. Die Offiziere und Beamten nehmen gewohnheitsmäßig leichfertige Frauenzimmer bei sich auf und verlangen dann von den unglücklichen, aufs tiefste betlagenswerten deutschen Familien, daß diese derartige Elemente mit der Abnung behandeln, die einer ehrenhaften Frau gebührt. So wird deutsches Familienleben im besetzten Gebiete von der „Kultur“ der gallischen Sieger in weitem Umfange erbarmungslos zerstört und die deutsche Bevölkerung in infolge dieser unerhörten Verhältnisse in einen Zustand der tiefsten Verzweiflung geraten, da keine Familie sicher ist, daß ihr nicht auf Grund einer Feindschaft oder weil ihre Wohnung das Unglück hat, die Aufmerksamkeit eines Willkürherrs der grande armee zu erregen, ein ähnliches Schicksal blüht. Wir Deutschen im Besetze müssen uns nur einmal richtig in die Lage unserer rheinischen Vorkriegsleute hineinversetzen und ihnen den ganzen Jammer nachfühlen, der sie angesichts einer so schamlosen Mißachtung ihrer heiligsten Empfindungen und ihrer vornehmsten Rechte erfahren muß. In dem besetzten Gebiete sind unsere Vorkriegsleute des unveräußerlichen Grundrechtes eines wahrhaft menschenwürdigen Daseins nicht mehr sicher, sondern müssen fortgesetzt zittern und zagen, daß eine gierige Siegerhand sich nach dem Besitztum ihrer vier Plätze anstreckt und ihnen das Leben zur Hölle macht. Das ist die